

PRESSESTIMMEN

Zu den proeuropäischen Protesten in Georgien

„Die Zukunft einer weiteren ehemaligen Sowjetrepublik, Georgien, befindet sich in einer kritischen Phase. Wie in der Ukraine wünschen sich viele Bürger, insbesondere jüngere Menschen, eine engere Anbindung an Europa und Freiheit von der russischen Tyrannei. Doch die jungen Georgier stehen einer Regierung gegenüber, die von der Partei Georgischer Traum geführt wird, die eine Annäherung an Russland anstrebt. Die Partei hat im vergangenen Monat einen neuen Vorstoß für ein Strafgesetz gegen „ausländische Agenten“ unternommen, wie es Putin 2012 seinem Volk auferlegte. Viele Kritiker meinen, dass es darauf abzielt, Organisationen der Zivilgesellschaft vor den georgischen Parlamentswahlen im Oktober zu lähmen. Die georgische Opposition räumt ein, dass das Gesetz leicht zu einem Hindernis für den Beitritt des Landes zur EU und zur NATO werden könnte.“

Washington Post

„Die nächsten Tage könnten über Georgiens Zukunft entscheiden. Die Regierungspartei Georgischer Traum verfolgt weiter die Verabschiedung des Gesetzes gegen „ausländische Agenten“ – trotz wachsender Proteste der Opposition und der Zivilgesellschaft, die vom Gesetz betroffen wären. Die Demonstranten nennen es einfach „das russische Gesetz“ und sie sind sich seiner Bedeutung bewusst. „Wenn wir heute nicht hier sind, wird es unsere Demokratie in Zukunft nicht mehr geben, sagte ein Demonstrant in Tiflis. Die Wahl (im Oktober) ist klar: Entweder eine gestärkte georgische Demokratie und eine Annäherung an die EU. Oder eine immer autoritärer werdende Führung unter der jetzigen Regierung, die mit direkter oder indirekter Hilfe von Putins Russland die Möglichkeit für Opposition, Pressefreiheit und eine unabhängige Zivilgesellschaft einschränkt.“

Svenska Dagbladet Stockholm

„Georgien ist EU-Beitrittskandidat und strebt auch in die NATO. Aber die Wünsche von 80 Prozent der Bevölkerung kollidieren mit der Haltung der regierenden pro-russischen Partei Georgischer Traum. (...) Die EU und die USA warnen Tiflis, das Gesetz sei inakzeptabel und bringe Georgien weiter vom Weg der europäischen Integration ab. Der Krieg in der Ukraine hat die georgische Regierung dazu gebracht, sich dem Kreml zuwenden. Vor einigen Monaten beschuldigte der damalige Regierungschef Garibaschwili Kiew und die georgische Opposition, das Land in einen Krieg treiben zu wollen, und behauptete, dies sei Teil eines Plans zur ‚Ukrainisierung‘ Georgiens. Die Spannung zwischen europäischer Identität und Russlands historischem Einfluss polarisiert die georgische Gesellschaft, und seit dem Ende der UdSSR schwankt Tiflis zwischen Europa und dem Verbleib im russischen Kiewwasser.“

La Vanguardia Barcelona

Perspektivenverfehlung einer bürgerlichen Partei

EU-Renaturierungsgesetz und Klimaplan nicht zu unterstützen, ist unfassbar

Ich habe mich lange für Kompromisse im Rahmen der Koalition ausgesprochen, denn regieren heißt Kompromisse zwischen unterschiedlichen Positionen erzielen, um möglichst viel für das Land und die Menschen weiterzubringen. Wenn der konservative Koalitionspartner jedoch rote Linien überschreitet, ist es manchmal aber auch nötig, die Koalition infrage zu stellen. Neben der Klimakatastrophe und dem Artensterben sollte doch inzwischen jedem klar sein, dass die Bodenversiegelung sowie die Zerstörung der natürlichen Lebensräume die größten Herausforderungen der Zeit sind. Nicht nur die Klimaentwicklung und die Artenvielfalt, auch eine funktionierende Landwirtschaft wird mittelfristig davon abhängen, dass es ausreichend Naturräume gibt, in denen Arten Rückzugsräume finden. Und auch der Erholungswert für uns Menschen in intakten Naturräumen ist völlig unstrittig.



KLAUS ATZWANGER

Gastkommentar

Ebenso verhält es sich mit dem Klimaplan, ein EU-Gesetz, welches sicherstellen soll, dass die in der EU gesetzten, moderaten Klimaziele pro Land erreicht werden. Auch hier hat die ÖVP den grünen Vorschlag abgelehnt, bzw. den eingereichten österreichischen Beitrag beeinträchtigt. Aber was will die ÖVP? Wie kann es sein, dass eine Partei, die sich als christlich versteht, bei solchen klaren Zukunftsthemen so fehlentscheidend kann? Ist es ein Schielen auf den rechtspopulistischen Kurs der FPÖ, der

zu dieser Perspektivenverfehlung in der Parteispitze führt? Ist ihr nicht klar, dass man weiter die Stimmen der Jungen verspielt? Denn Umweltthemen sind in dieser Zielgruppe verständlicherweise präsenter als die meisten glauben. Glaubt in der ÖVP jemand daran, dass es heute noch möglich ist, den Wählerinnen und Wählern zu erzählen, verantwortungsvoll eine Zukunft gestalten zu können, ohne dem Klima- und Biodiversitätsthema jene Bedeutung zu geben, die es aufgrund der globalen Entwicklungen hat?

Aus Sicht der Wissenschaft und des besorgten Bürgers ist klar, dass die Umweltfrage im weitesten Sinn für das Leben und Überleben unserer Kinder entscheidend sein wird. Es macht mich sprachlos, wie eine bürgerliche Partei, die sich Werte wie „Familie“ prominent in ihr Programm schreibt, nicht erkennt, dass es ohne klare Haltung zu entscheidenden Umweltgesetzen, wie beispielhaft dem Klimaplan und dem Renaturierungsgesetz, in der Frage des Lebens zukünftiger Familien sehr düster aussehen wird.

\*\*\*

Klaus Atzwanger ist Verhaltenswissenschaftler an der Universität Wien und Unternehmensberater.



Unregulierte Flüsse wie der Tagliamento sind in Europa selten: Sie benötigen viel Platz

FOTO: WILHELM/ISTOCKPHOTO



Abtreibungsgegner (hier in Polen): Der KURIER berichtete am 26. April über deren Geldflüsse

Generalverdacht gegen alles, was nicht links ist

Eine Replik auf einen Bericht über „radikale Christen“

Problematisch ist es, wenn unkritisch übernommen wird, was aus dem Dunstkreis interessengeleiteter NGOs stammt. Der KURIER behauptete am 26. April Subventionen russischer Oligarchen und amerikanischer Öl- und Söldnerunternehmungen für Lebensschützer und stellte diese zum Teil mit dem rassistischen Ku-Klux-Klan „auf eine Stufe“. Keine Rückfragen an gebashte Personen wie mich. Unser Verbrechen? Wir sind nicht links. Wir sorgen uns um das Recht auf Leben. Das genügt, um unter Generalverdacht zu geraten.

In der Nacht wurde dieses von einem Gericht aufgehoben. Die Konferenz konnte unter Polizeischutz stattfinden. Warum die Aufregung? Konservative wollten sich zum Austausch treffen. „Von der Marginalisierung zur Kriminalisierung ist es nur noch ein sehr kleiner Schritt“, stand in einer Zuschrift.

Ähnlich geht es Feministinnen, die sich in Verteidigung von Frauenrechten gegen die Transbewegung stellen: „Die Linke hat ihre Vernichtungsmaschine professionalisiert. Nun kommen wir selbst in die Schusslinie.“ sagt mir eine linke Intellektuelle.



GUDRUN KUGLER

Gastkommentar

Wie stehen jene zur Demokratie, die Konservativen und engagierten Christen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit absprechen? Es ist an der Zeit, über links Problem, wenn sich Lebensschützer in länderübergreifenden Netzwerken zusammenschließen, Geldgeber suchen und Demos organisieren? Problematisch ist es, dies zu skandalisieren. Wer anderen die Meinungsfreiheit abspricht, ist anti-demokratisch und letztlich totalitär.

Der KURIER-Artikel veranlasste zahlreiche Leser, mir „fassungslos“ zu schreiben: „ernsthafte Christen werden als rechtsextrem dargestellt“ und „diskriminiert“. „Was nicht links ist“, würde als „ultrakonservativ oder rechtsextrem punziert“ und „diffamiert“. Dass es nicht bei Semantik bleibt, zeigen die jüngsten Vorgänge um die NatCon-Konferenz in Brüssel. Zuerst wurden mehrere Locations und Caterer unter Druck gesetzt. Dann verbot der linke Bezirksbürgermeister die Veranstaltung per Dekret. Mitten

Antiparlamentarismus zu sprechen, der vor sozialer Vernichtung, Blockaden, Sachbeschädigung und Gewalt nicht zurückschreckt. Immer mehr Menschen wenden sich von klassischen Medien ab, weil sie ihnen aufgrund solcher Artikel nicht mehr vertrauen, und driften in die Tiefen des Netzes ab. Haltungsjournalismus gefährdet die Demokratie.

\*\*\*

Gudrun Kugler ist Nationalratsabgeordnete (ÖVP), engagiert sich u. a. in der Lebensrechtbewegung gegen Schwangerschaftsabbruch. Anm. des KURIER: Der Artikel beruht auf einer ausführlichen Recherche und der Vorwurf des Haltungsjournalismus geht ins Leere, weil es in dem Bericht nicht um Ideologien, sondern um dubiose Geldflüsse aus Amerika und Russland gegangen ist. MAG

SCHREIBEN SIE UNS! LESER@KURIER.AT

Leserbriefe

Mehr arbeiten oder weniger?

Etabliertes Schmarotzertum

Zum Gastkommentar „Wohlstand: Gefahr in Verzug!“ (29.4.) von Günter Stummvoll

Der Text des ehemaligen Sprechers der Industriellenvereinigung ist für Menschen der alten Generation (zu der ich mich zähle), eine plausible sowie selbstverständliche Milchmädchen-Rechnung. Leider hat unsere Nachfolgegeneration aufgrund ihres Heranwachsens in ständig steigendem Wohlstand und der vorhandenen sozialen Netze sowie einer garantierten Sicherheit inmitten eines etablierten Schmarotzertums die Realitäten des Lebens nicht verstanden oder sie verlegen diese konsequent. Anstatt einer Leistungswilligkeit hat sich bei viel zu vielen Satoriertheit, Bequemlichkeit bis hin zur Faulheit und unverschämte Selbstgefälligkeit etabliert. Die Wahrheit hat immer schon wehgetan, so auch diesmal: Der Artikel von Herrn Stummvoll ist ein erheblicher Teil der Wahrheit und er muss von der jungen Generation unbedingt beherzigt werden, wenn das bisherige soziale Konstrukt unserer Wohlstandsgesellschaft nicht den Bach hinunter gehen soll.

Florian Markl Nahost-Thinktank Mena Watch

Unbefriedigende Ausführungen

Der kluge und ausgewogene Leitartikel von Georg Leyrer (23. 4.) war wichtig und richtig. Der Gastkommentar von Milo Rau ebenso, ist es doch hoch an der Zeit, dass er selbst zu den Vorwürfen Stellung nimmt. Aber befriedigend sind Raus Ausführungen bei Weitem nicht. Zwar sind seine Ausflüge in die griechische Tragödie interessant und weisen ihn als hochgebildeten Mann aus, aber das Problem ist damit nicht ansatzweise einer Lösung näher gekommen.

Jürgen A. Müllner Hartberg

Antisemitismus bei Wr. Festwochen?

Haarsträubender Unsinn

Zum Gastkommentar „Die Bruchlinie verläuft mitten durch Europa“ (28.4.) von Milo Rau

Am vergangenen Sonntag behauptete Festwochen-Chef Milo Rau mit Blick auf Österreich und Deutschland, „Kritik an der Politik Israels (...) ist in beiden Ländern per Parlamentsbeschluss verboten.“ Das ist schlicht haarsträubender Unsinn: Der Deutsche Bundestag und der österreichische Nationalrat haben zwar die Israel-Boykottbewegung BDS – völlig zu Recht – als antisemitisch eingestuft und dazu aufgerufen, ihr keine staatlichen

Friederike Pacik

Hubert Zach Neckenmarkt

Zukunft ist kein Versprechen mehr

Zum Leitartikel „Die Folklore der Arbeit“ (1. Mai) von Andreas Schwarz

In der Debatte um Arbeitsverkürzung oder -verlängerung werden jüngere Menschen stets verunglimpft, zuletzt mit „Lieberfüße-hoch-Generation“ im

Die abgedruckten Briefe und Gastkommentare müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Der KURIER bietet Fremdautoren eine Plattform, ihre Standpunkte zu vertreten.

Recht praktisch



Was versteht man unter einem „grünen“ Mietvertrag?

Mein Vermieter hat mir einen Nachtrag zu meinem Mietvertrag geschickt. Laut Begleitschreiben handelt es sich dabei um Bestimmungen, die meinen Mietvertrag umweltfreundlicher machen sollen. Was genau ist darunter zu verstehen?

Luisa H., Wien

In Österreich gibt es, wie auch in vielen anderen europäischen Ländern, keine Definition eines „grünen“ oder auch umweltfreundlichen Mietvertrags. Ganz generell versteht man darunter Mietverträge mit speziellen Regelungen, die dem Umweltschutz dienen. Diese können sowohl den Vermietern als auch den Mietern dazu verpflichten oder anregen, gewisse Maßnahmen zu setzen, um bei-

spielsweise den Energieverbrauch zu senken. Auch der Austausch von Verbrauchsdaten zur Ermittlung von Verbrauchsdaten ist oft Bestandteil eines „grünen“ Mietvertrags.

In der Regel dienen „grüne“ Mietverträge der Verbesserung der Gesamtenergieeffizienz eines Gebäudes. Zudem führen viele umweltfreundliche Maßnahmen, wie etwa die Begrünung der Außenfassade, nicht nur zu besserem Raumklima, sondern kühlen das Gebäude an heißen Sommertagen auch noch. Die vertragliche Möglichkeit, solche Maßnahmen umzusetzen, ist daher meist im Interesse beider Vertragsparteien: Mieter und Vermieter. Gerade aber bei Verpflichtungen, die zumindest in einem ersten Schritt zu (höhe-

ren) Kosten führen, herrscht oft Unstimmigkeit über die Tragung dieser. Beim Abschluss ist daher zu beachten, welche Partei bestimmte Maßnahmen auch auf Kosten der anderen Partei umsetzen darf und wofür eine zusätzliche Zustimmung erforderlich ist.

Grüne Mietverträge halten in aller Regel fest, dass der Umweltschutz und die Einsparung von Ressourcen Ziel der Parteien ist. Inwieweit diese dazu in Mietvertrag auch verpflichtet sind, oder ob eine Bemühenszusage vereinbart wird, ist Vereinbarungssache. Dabei sind auch zwingende gesetzliche Vorgaben, wie miet- und konsumentenschutzrechtliche Vorgaben, zu beachten. Typische Bestimmungen sind daher beispielsweise Regeln-

gen zur Reduzierung des Energieverbrauchs, Wechsel zu einem umweltfreundlichen Stromtarif, Bestimmungen zur umweltfreundlichen Adaptierung des Mietobjekts oder des Gebäudes (z. B. Anbringung von Außenjalousien oder eine Fassadenbegrünung), die Verwendung von umweltfreundlichen Reinigungsmitteln, Abschalten des Stroms bei Nichtverwendung des Mietobjekts, Mülltrennung und Müllvermeidung, bevorzugter Einsatz von umweltfreundlichen Materialien bei Umbau- oder Renovierungsarbeiten, Austausch über die Verbrauchsdaten, Maßnahmen zum Erhalt oder zur Erlangung von Gebäudertzifikaten, und vieles mehr. Zusätzlich können grüne Mietverträge auch noch An-

reiz- oder Belohnungssysteme bei Erreichung von gewissen Umweltzielen enthalten.

Auch bei Neubauprojekten gibt es sogenannte „grüne“ Wohnungseigentumsverträge, die im Wesentlichen die gleiche Zielsetzung wie „grüne“ Mietverträge haben. Da sich die Änderung von bereits geschlossenen Wohnungseigentumsverträgen in der Praxis oft als schwierig und langwierig gestaltet, finden „grüne“ Wohnungseigentumsverträge in aller Regel nur bei Neuprojekten Anwendung.

\*\*\*

Mag. Magdarena Brandstetter ist Partnerin bei DORDA im Bereich Real Estate M&A / Liegenschafts, Miet- und Wohnrecht.

rechtpraktisch@kurier.at



Gibt es in Österreich zu viele Feiertage?

PRO & CONTRA

Jedes Jahr können wir im Kalender 13 Feiertage sehen. Die Mehrheit davon ist christlichen Ursprungs, zum Beispiel Christi Himmelfahrt am kommenden Donnerstag, oder Fronleichnam und Mariä Empfängnis. An diesen Festen gibt es wenig zu rühteln. Aber die Geschäfte haben zu und die Kirchen sind leer. Die große spirituelle Erleuchtung findet an diesen Feiertagen schon lange nicht mehr statt.



Wie hier schon einmal beschrieben, ist es Zeit für eine andere Lösung. Denn in einem Land mit immer mehr konfessionslosen oder andersgläubigen Menschen wirkt die Zahl christlicher Feiertage aus der Zeit gefallen. Man sollte einen Teil von ihnen in gesetzliche Urlaubstage umwandeln. Zusätzlich zum Mindesturlaubsanspruch je nach Kollektivvertrag. Niemand würde al-

so etwas verlieren. Im Gegenteil. Eine solche Lösung würde noch mehr individuelle Urlaubsgestaltung ermöglichen. Wer seinen Glauben an den religiösen Festen zelebrieren will, kann dies dann trotzdem tun – unter Inanspruchnahme eines Urlaubstages.

Und wenn umgekehrt Handel und Produktion pro Jahr z. B. fünf Tage länger laufen könnten: Ist das schlecht? Der Widerstand christlicher Glaubensvertreter ist verständlich. Aber dass Arbeiterkammer und Gewerkschaft dagegen sind, ist auf den zweiten Blick seltsam, vor allem aus ideologischen Gründen. Die derzeitige Regelung der meisten christlichen Feiertage wurde im Konkordat mit dem Vatikan im Jahr 1933 festgelegt. Damals regierte hierzulande ein gewisser Engelbert Dollfuß. Wolfgang Unterhuber ist Print-Chef

Die Debatte kommt alle Jahre wieder: Österreich und seine gesetzlichen Feiertage, die (im Regelfall) arbeitsfrei bedeuten. Da schlägt's dann für einen Teil der Arbeitgeber-schaft jedes Jahr 13.



Erstens überhaupt und zweitens, weiles 13 über das Jahr verteilte gesetzliche Feiertage sind. Viele davon mit christlich-religiösem Hintergrund in einem bereits sehr säkularisierten Österreich, zugegeben. Aber warum geht es wirklich? 1.) Ums Geld. Feiertagsarbeit hat einen 100-Prozent-Zuschlag. Denn nicht alle selbstständig Beschäftigten haben am Staatsfeiertag oder zu Christi Himmelfahrt automatisch frei, sondern arbeiten: Pflegekräfte, U-Bahn-Fahrer, Bademeister, Polizisten, Mitarbeiter in der Gastronomie... 2.) Um geschlossene Geschäfte. Diese fehlenden Öffnungstage wirft der stationäre Handel gerne in die Waagschale und bemüht das Augenmerk der rund um die Uhr geöffneten Online-Shops. Einige Feiertage gehören also abgeschafft, murrn ein Teil der Wirtschaft: 13 Frei-Tage zusätzlich zu zumindest 25 gesetzlich verbrieften Urlaubstagen? Da müsste doch der Schlandrian einreißen. Der muss allerdings ein Gummizwerg sein, dieser Schlandrian, angesichts von mehr als 180 Millionen Mehr- und Überstunden, die die selbstständig Erwerbstätigen allein im Vorjahr leisteten. 40 Prozent der Arbeitnehmer zeigen Studien zufolge zudem bereits Anzeichen von Burn-out. Das müsste als Alarmsignal eigentlich schon reichen, um die Debatte um angeblich zu viele (freie) Feiertage zu beenden. E. Holzer-Ottawa ist Chronik-Redakteurin